

Eine:r von uns? Kandidierende und Wähler:innen zur Bundestagswahl 2021 im Vergleich

Wurthmann, L. Constantin; Bäuerle, Joscha

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wurthmann, L. C., & Bäuerle, J. (2022). Eine:r von uns? Kandidierende und Wähler:innen zur Bundestagswahl 2021 im Vergleich. *easy_social_sciences*, 67, 61-71. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.08>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>



Eine:r von uns?

Kandidierende und Wähler:innen zur Bundestagswahl 2021 im Vergleich

L. Constantin Wurthmann & Joscha Bäuerle

Ist ein:e Politiker:in eine:r von uns, wird diese Person mich und meine Interessen im Parlament vertreten? Nicht selten sehen sich Parlamentarier:innen mit dem Vorwurf konfrontiert, sie hätten sich von Belangen und Einstellungen der Bevölkerung zu sehr entfernt, um noch als wirkliche Volksvertreter:innen verstanden zu werden. Ein erster Blick in den neu gewählten Bundestag zeigt, dass Akademiker:innen dort überproportional stark vertreten sind und Frauen zugleich deutlich unterrepräsentiert. Weitere Differenzen, sei es etwa im Hinblick auf spezifische Einstellungen oder eine institutionelle Einbindung, sind zumeist nicht bekannt. Dieser Beitrag geht der Frage auf den Grund, inwiefern sich im Hinblick auf sozio-demografische Merkmale, ihre institutionelle Einbindung in Kirchen, Gewerkschaften sowie Umweltschutzgruppen und spezifische Einstellungen die Kandidierenden für den Deutschen Bundestag von der deutschen Bevölkerung unterscheiden.

If a politician is one of us, will that person represent me and my interests in parliament? It is not uncommon for parliamentarians to be accused of having distanced themselves too much from the concerns and attitudes of the people to be understood as people's representatives. A first glance at the newly elected German Bundestag shows that academics are disproportionately well represented and women are underrepresented. Further differences, for example in terms of specific attitudes or institutional integration, are mostly unknown. This article explores the question, to what extent there are differences in terms of socio-demographic characteristics and their institutional involvement in churches, trade unions and environmental groups. In addition, the article examines the extent to which specific attitudes of candidates for the German Bundestag differ from those of the German population.

Keywords: Repräsentation, Kandidierende, Wählende, Deskriptive Repräsentation, Substanzielle Repräsentation

In seiner berühmten Gettysburg-Rede von 1863 formulierte der damalige US-Präsident Abraham Lincoln seine Erwartung an den demokratischen Rechtsstaat: *government of the people, by the people, for the people*. Die demokratische Repräsentation war für Lincoln ein Sinnbild, bei dem die gewählten Vertreter:innen aus dem Volk stammen, aus diesem gewählt sind und für dieses Politik gestalten. Ob und inwiefern Parlamentarier:innen oder Kandidierende tatsächlich der Bevölkerung

ähneln müssen, um auch für diese sprechen- und diskursfähig zu sein, darum ranken sich weitreichende Debatten, die schon Hanna Pitkin (1967) in ihrem *Concept of Representation* beschrieben hat. Sie unterscheidet dabei unter anderem in (1) deskriptive und in (2) substanzielle Repräsentation. Während die deskriptive Repräsentation primär danach fragt, inwiefern beispielhaft bestimmte Merkmale wie das Geschlecht, das Bildungsniveau oder der Migrationshintergrund zahlenmä-

ßig in politischen Räumen eine hinreichende Berücksichtigung finden, umfasst substanzielle Repräsentation viel grundlegender, ob bestimmte Interessen der Bevölkerung auch entsprechend politisch vertreten werden.

Die Perspektive der deskriptiven Repräsentation wird z. B. in der Erwartung anschaulich, dass erst wenn „eine ‚kritische Masse‘ von mindestens 30 Prozent (...) Frauen in Parlamenten (...) politischen Einfluss ausüben“ (Abels et al., 2018, S. 29) auch die Interessen von Frauen durchgesetzt werden könnten. In diesem Licht wird nachvollziehbar, warum neben der Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock auch der SPD-Kandidat Scholz sowie der CDU/CSU-Kandidat Laschet im Vorfeld der Bundestagswahl die paritätische Besetzung einer künftigen Bundesregierung ankündigten (Der Spiegel, 2021; Merkur, 2021). Neben gleichstellungspolitischen Gedankengängen wird hier die Überzeugung vertreten, dass ein:e Abgeordnete:r oder Kandidierende:r am glaubwürdigsten als Vertreter:in einer Bevölkerungsgruppe agieren kann, beispielsweise von Arbeiter:innen, wenn er:sie auch selbst Arbeiter:in ist. Individuelle Charakteristika treten hierbei zunächst in den Hintergrund.

Demgegenüber folgt das Verständnis der substanziellen Repräsentation dem Grundgedanken, dass Politiker:innen auch Bevölkerungsteile repräsentieren können, die sich von ihnen in zentralen sozio-demographischen Charakteristika wie beispielsweise dem Geschlecht, Alter sowie dem Bildungs- oder sozio-ökonomischen Hintergrund unterscheiden, indem sie responsiv auf diese reagieren und in deren Interesse handeln. Bereits bei einem ersten Blick in den neu gewählten Deutschen Bundestag zeigt sich, wie stark sich die Zusammensetzung des Parlaments von jener der bundesdeutschen Bevölkerung unterscheidet. Frauen sind im Parlament deutlich unterrepräsentiert, Akademiker:innen deutlich überrepräsentiert. Ebenso liegt das Durchschnittsalter im Parlament deutlich über dem des Gesamtbevölkerungsschnitts. Aufgrund dieser Abweichungen sehen sich Parlamentarier:innen nicht selten mit dem

Vorwurf konfrontiert, sie seien von den Belangen und Einstellungen der Bevölkerung zu weit entfernt, um sie angemessen repräsentieren zu können. Aber ist dies wirklich der Fall? Im Folgenden werden wir sehen, inwieweit sich Wähler:innen und Kandidierende bei der Bundestagswahl 2021 hinsichtlich jener Merkmale unterscheiden, die zur Beschreibung der deskriptiven Repräsentation herangezogen werden. Darüber hinaus werden wir prüfen, inwiefern sich die Einstellungen von Kandidierenden und ihren Wähler:innen zu zentralen Politikfeldern unterscheiden.

Zu diesem Zweck analysieren wir nicht nur die Gesamtheit aller Wähler:innen und Kandidierenden, sondern darüber hinaus in einer Sub-Analyse auch die Wähler:innen und Kandidierenden der jeweiligen Parteien. Wir wollen ein umfassenderes Bild darüber gewinnen, ob die entsprechenden Kandidierenden als „eine:r von uns“ oder – allen Unterstellungen entsprechend – als von der Gesamtbevölkerung und den eigenen Wähler:innen entkoppelt angesehen werden müssen. Als Datengrundlage stützen wir uns auf die Daten der German Longitudinal Election Study (GLES) 2021 und hier insbesondere auf den GLES Nachwahlquerschnitt sowie die GLES Kandidierendenstudie.

Repräsentation und Repräsentant:innen

Nicht nur in Deutschland, sondern in den meisten europäischen Ländern, entstehen zum Ende des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts Parteien entlang vergleichsweise klar definierter soziostruktureller Konfliktlinien. Gemeint sind damit etwa sozialdemokratische und sozialistische Parteien auf der Seite der Arbeiter:innenschaft und der Gewerkschaften, die gegen die Interessen von Kapital und Großgrundbesitzer:innen auf der anderen Seite aufbegehren. Oder etwa christlich-katholische, christdemokratische

beziehungsweise christsoziale Parteien an der Seite religiöser Bürger:innen, welche regelmäßig in die Kirchen gehen und in kirchennahe Organisationen eingebunden sind, die eine Einflussnahme der Kirche auf den Staatsapparat gegenüber nicht-religiösen Laizisten verteidigen wollen (Lipset & Rokkan, 1967). Diese sich gegenseitig bedingende Loyalität von Parteien und Wähler:innen, bei der die heutige CDU/CSU die Interessenvertretung einer religiös orientierten Kirchgänger:innenschaft übernahm, die SPD wiederum die der gewerkschaftlich orientierten Arbeitnehmer:innen, wirkt bis heute nach (Debus & Müller, 2020). Grundsätzlich lassen aber auch Prozesse einer fortschreitenden gesellschaftlichen Individualisierung, die auch den Wirtschaftssektor betreffen, diese Allianzen zwischen Parteien und Wähler:innen nicht unberührt: Religiöse Bindungen erodieren, die Anzahl der Arbeiter:innen im traditionellen Sinne nimmt ab. Schlussendlich werden deshalb auch die Allianzen religiöser und gewerkschaftlicher Interessenvertretung brüchiger (Evans & Northmore-Ball, 2018). Im Rahmen gesellschaftlicher Umbrüche, die diese Entwicklungen begünstigen, ist vielerorts die Entstehung von grün-ökologischen Parteien zu beobachten, die sich – neben vielen weiteren – auch aus Umweltschutzgruppen formieren (Inglehart, 1977).

Während mit einer fortschreitenden gesellschaftlichen Individualisierung die Einbindung in klassische Trägerorganisationen zurückgeht, muss dies jedoch nicht zwangsläufig auch für all jene gelten, die sich aktiv in Parteien einbringen oder gar für diese bei Wahlen kandidieren. Tatsächlich ist zu beobachten, dass Parteimitglieder von solchen Individualisierungsprozessen durch ihre soziale Einbettung weniger stark betroffen sind als etwa jene Individuen, die nicht Mitglied einer entsprechenden Partei sind. Parteien werden so „zu Konservatoren einer sozialen Wirklichkeit, die es immer weniger gibt“ (Beck, 2016, S. 158).

Repräsentation im Allgemeinen umfasst aber, neben den bereits genannten Kategorien,

vor allem eine aus demokratie-theoretischer Perspektive relevante Dimension: „Repräsentation im Sinne von Responsivität, d. h. die Organisation, Artikulation und Integration von Präferenzen und Meinungen der zu Repräsentierenden im staatlichen Bereich“ (Marshall, 2018, S. 813). Klassischerweise geht die politik- und sozialwissenschaftliche Forschung dabei davon aus, dass Parteiensysteme im Regelfall nicht eindimensional sind. Nichtsdestotrotz wird in der analytischen Beschreibung von politischen Räumen gerne als inhaltlicher Proxy auf ein Links-Rechts-Kontinuum zurückgegriffen, um Nähe und Repräsentation annäherungsweise adäquat abbilden zu können (siehe hierzu auch Dippel, Hetzer, & Burger, 2022, in diesem Heft). Der ursächliche Gedankengang geht auf Anthony Downs zurück, demnach sich politische Parteien auf einer Skala von links nach rechts einordnen lassen (Downs, 1957, S. 142). Damit wurde vor allem verbunden, inwiefern es, auf der einen Seite, eine staatlich organisierte Umverteilung zur Herstellung sozio-ökonomischer Gleichheit geben solle, die, auf der anderen Seite, in einem Konflikt stand mit individueller Verantwortung und den Abwehrmechanismen eines freien Marktes, bei dem staatliche Eingriffe abgelehnt werden (Norris & Inglehart, 2019, S. 50). Gleichwohl nicht immer eine in sich konsistente Zuordnung von politischen Positionen entlang des Spektrums getroffen wird, gelingt es Befragten in der Regel, sich selbst und die Positionen von Parteien konsistent zu benennen – dabei werden Parteien auch als bedeutend attraktiver bewertet, zu denen eine geringere räumliche Distanz besteht (Schmitt-Beck, 2019, S. 183; siehe hierzu auch Dippel, Hetzer, & Burger, 2022, in diesem Heft). In der praktischen Anwendung zeigt eine solche Links-Rechts-Einstufung etwa, dass sich die Mitglieder oder Kandidierenden von Parteien in der Regel auf diesem Kontinuum stärker in Richtung einem der Extrempole positionieren als etwa deren Wähler:innen (Spier, 2011, S. 129-130; Schmitt & Wüst, 2004, S. 319; Iversen, 1994, S. 59). Vor diesem Hintergrund kann man davon ausgehen, dass sich dies auch mit Blick

auf die Bundestagswahl 2021 replizieren lässt und sich dementsprechend die Positionen politischer Eliten (Kandidierende der Parteien) und der jeweiligen Parteiwähler:innenschaft ähneln, gleichwohl die letztgenannte Gruppe moderater in ihren Positionen sein sollte.

Im Folgenden gehen wir kurz auf die für unsere Analyse zugrundeliegende Datenbasis ein, die wir zur Überprüfung dieser Annahme herangezogen haben.

Forschungsdesign, Daten und analytische Vorgehensweise

Um die Einstellungen der gesamtdeutschen Bevölkerung abbilden zu können, haben wir auf den GLES Nachwahlquerschnitt (GLES, 2022a) zurückgegriffen¹. Gemessen am tatsächlichen Wahlergebnis sind Wähler:innen der CDU/CSU leicht unterrepräsentiert (-0,24%), die der SPD sind deutlich überrepräsentiert (+4,16%), die der FDP leicht überrepräsentiert (+1,32%), die der Grünen sehr deutlich überrepräsentiert (+7,36%) und jene der Linken geringfügig überrepräsentiert (+0,51%). Die Wähler:innen der AfD hingegen sind deutlich unterrepräsentiert (-4,42%).

Die GLES Kandidierendenstudie 2021 (GLES, 2022b) komplementiert den GLES Nachwahlquerschnitt, um die Einstellungen der Kandidierenden abbilden zu können. Zur Befragung wurden zwischen dem 19.10.2021 und dem 31.01.2022 die Kandidierenden aller Parteien mit Fraktionsstatus im Bundestag² eingeladen. Insgesamt konnten 735 partielle und vollständige Interviews realisiert werden.

Das entspricht einem Anteil von 28,73 Prozent der zur Befragung eingeladenen Kandidierenden. Gemessen an der Gesamtanzahl der Kandidierenden der jeweiligen Parteien sind Kandidierende der CDU/CSU dabei deutlich unterrepräsentiert (-5,01%), die der SPD hingegen nur leicht (-1,81%). Kandidierende der FDP sind etwas (+3,46%), die der Grünen (+8,12%) und der Linken (+6,98%) sind deutlich überrepräsentiert. Kandidierende der AfD sind deutlich unterrepräsentiert (-10,52%).

In einem ersten Schritt haben wir abgeglichen, inwiefern sich Wähler:innen und Kandidierende im Hinblick auf Merkmale deskriptiver Repräsentation unterscheiden. Hierfür haben wir das Geschlecht, Alter, den Migrationshintergrund sowie Universitäts- und Schulabschlüsse zu Rate gezogen. Zusätzlich haben wir diese im Hinblick auf die Mitgliedschaft in kirchennahen Organisationen, Gewerkschaften und Umweltschutzgruppen verglichen. Anschließend untersuchten wir – sozusagen als Proxy für die substantielle Repräsentation – mögliche Unterschiede zwischen diesen Gruppen hinsichtlich ihrer jeweiligen Positionierung zum Ausbau oder Abbau des Sozialstaats, der Restriktion von oder Öffnung gegenüber Zuwanderung sowie dem spezifischen Umgang mit Herausforderungen, die aus dem Klimawandel erwachsen. Dadurch kann der politische Raum präziser abgebildet werden als über eine eindimensionale Verortung entlang einer Links-Rechts-Skala.

Tabelle 1 Anteil Befragte in % und nach Befragtengruppe

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	AfD
Wähler:innen	23,86	29,86	12,82	22,16	5,41	5,88
Kandidierende	23,72	26,92	32,19	36,85	35,71	18,21

Quelle: GLES Nachwahlquerschnitt 2021 (ZA7701_v1-0-0) und GLES Kandidierendenstudie 2021 (ZA7704_v1-0-0). Prozentualer Anteil der Kandidierenden je Gesamtanzahl der Kandidierenden der jeweiligen Partei(en) und in Relation zu den in Fraktionsstärke vertretenen Parteien. Eigene Berechnungen.

1 Zum Ausgleich der überproportional in Ostdeutschland lebenden Personen wurde hierfür eine Gewichtung vorgenommen.

2 CDU, CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und AfD.

Kandidierende und Wähler:innen im empirischen Vergleich

Kandidierende der von uns untersuchten Parteien weisen in der Tat ein sozio-demographisches Profil auf, welches sich von dem der Wähler:innen unterscheidet. Unter den befragten Kandidierenden sind Männer mit 62,43 Prozent deutlich überrepräsentiert, während das Verhältnis bei den Wähler:innen relativ ausgeglichen ist. Darüber hinaus sind die Kandidierenden mit 46,27 Jahren im Durchschnitt etwas jünger als die wählende Bevölkerung, die im Schnitt 53,75 Jahre alt ist. Auch der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund ist mit 18,11 Prozent unter den Kandidierenden deutlich geringer als in der allgemeinen Bevölkerung, in der dieser Wert bei 25,35 Prozent liegt. Besonders deutliche Verzerrungen liegen für Schul- und Hochschulabschlüsse vor. So verfügen insgesamt 78,72 Prozent der befragten Kandidierenden über die Allgemeine Hochschulreife, wohingegen dies bei den Wähler:innen nur auf 37,43 Prozent zutrifft. Diese überdurchschnittliche Verzerrung im Bereich der formellen Bil-

dung zeigt sich sodann auch mit Blick auf die Hochschulabschlüsse der Befragten: 67,21 Prozent der Kandidierenden geben an, einen Hochschulabschluss zu haben, wohingegen dies nur für 27,3 Prozent der Wähler:innen festzustellen ist.

Die von uns berücksichtigten Kandidierenden von CDU/CSU (129), SPD (110), FDP (97), Grünen (154), Linken (113) und AfD (51), die an der Kandidierendenbefragung teilgenommen haben und zur Bundestagswahl 2021 angetreten sind, sind so in der Summe nicht in der Lage, dem Anspruch der deskriptiven Repräsentation vollends gerecht zu werden. Die hier feststellbaren Abweichungen bei den sozio-demographischen Merkmalen sind dafür schlicht zu groß (vgl. Tabelle 2).

Entstanden die CDU/CSU aus einem kirchennahen Milieu, die SPD aus dem gewerkschaftlich organisierten Arbeiter:innenmilieu und die Grünen – neben weiteren sozialen Bewegungen – auch aus dem Umfeld von Umweltschutzgruppen, so sollte auch heute noch feststellbar sein, inwieweit diese traditionellen Allianzen nachwirken. In der Tat nehmen die Kandidierenden der SPD mit Blick auf die Gewerkschaftsmitgliedschaften eine exponierte Rolle ein – über 2/3 der Kandidierenden geben an, eine solche Mitgliedschaft vorweisen zu können. Damit rangieren die SPD-Kandidierenden allerdings nur unwesentlich vor den Kandidierenden der Linken, bei denen nahezu 64 Prozent der Befragten über eine Gewerkschaftsmitgliedschaft verfügen. In beiden Fällen besteht allerdings eine Divergenz dahingehend, dass ihre Wähler:innen bedeutend seltener Mitglieder einer Gewerkschaft sind (vgl. Abbildung 1).

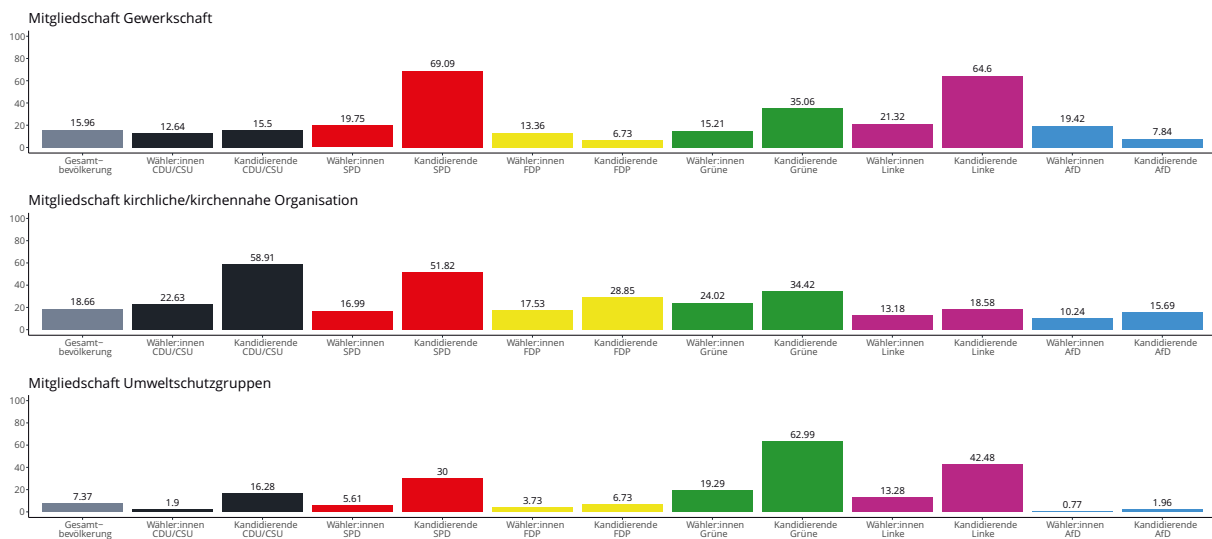
Für die Kandidierenden der CDU/CSU wiederum zeigt sich, dass diese in besonders hohem Umfang Mitglieder von kirchlichen oder kirchennahen Organisationen sind – damit ist explizit nicht die bloße konfessionelle Zugehörigkeit

Tabelle 2 Sozio-demographische Daten im Vergleich in %

	Wähler:innen	Kandidierende
<i>Geschlecht und Alter</i>		
Männlich	51,95	62,43
Weiblich	48,05	37,57
Alter	53,75	46,27
<i>Migrationshintergrund</i>		
Kein Migrationshintergrund	74,65	81,89
Migrationshintergrund	25,35	18,11
<i>Schulabschlüsse</i>		
Schule ohne Abschluss beendet	1,21	0
Hauptschulabschluss	16,57	2,60
Realschulabschluss	30,26	8,68
Fachhochschulreife	14,53	9,98
Abitur	37,43	78,72
<i>Hochschulabschluss</i>		
Kein Hochschulabschluss	72,70	32,79
Hochschulabschluss	27,30	67,21

Quelle: GLES Nachwahlquerschnitt 2021 (ZA7701_v1-0-0) und GLES Kandidierendenstudie 2021 (ZA7704_v1-0-0). Eigene Berechnung.

Abbildung 1 Mitgliedschaften in soziostrukturell relevanten Gruppen in %



Quelle: GLES Nachwahlquerschnitt 2021 (ZA7701_v1-0-0) und GLES Kandidierendenstudie 2021 (ZA7704_v1-0-0).
Eigene Darstellung und Berechnung.

» **Gewerkschaftlich organisiert – kirchlich engagiert – umweltschutzpolitisch involviert: ein starkes historisches Erbe der Parteien.** «

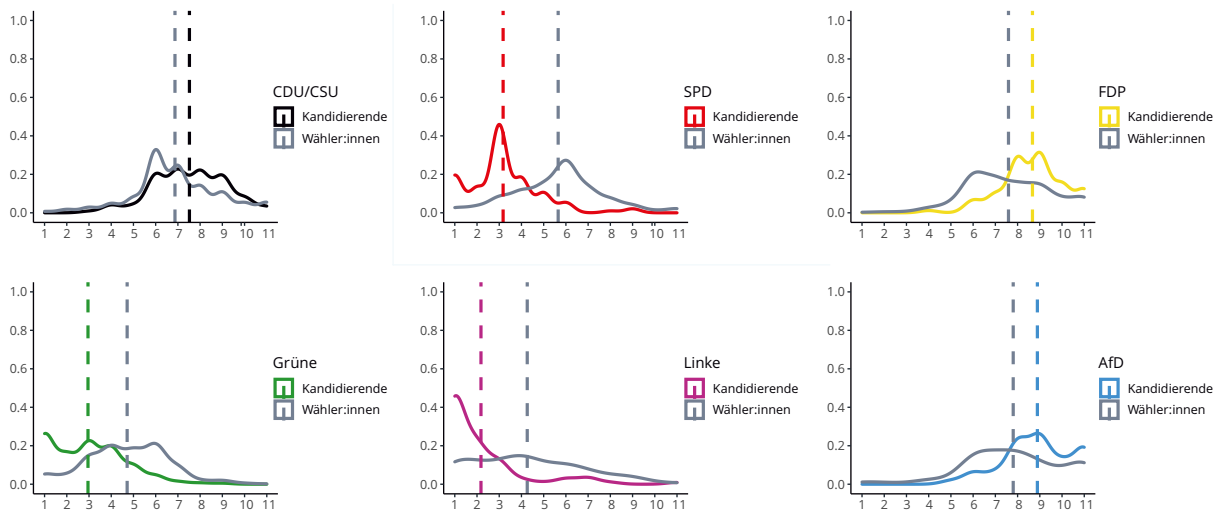
gemeint. Gleiches ist für die SPD-Kandidierenden festzustellen, die ebenfalls in einem besonders hohen Umfang kirchennahen beziehungsweise kirchlichen Organisationen angehören. Interessanterweise ist es hier so, dass die Wähler:innen der Grünen mit knapp über 24 Prozent den größten Anteil von Mitgliedern in kirchlichen oder kirchennahen Organisationen vorzuweisen haben. Bei den Wähler:innen der CDU/CSU sind nur 22,63 Prozent der Befragten derart institutionell eingebunden. Mit Blick auf das Engagement in Umweltschutzgruppen wiederum zeigt sich, dass hier die Grünen mit 19,29 Prozent der Wähler:innen und 62,99 Prozent der Kandidierenden deutlich hervorstechen. In diesem Sinne lässt sich die historische Kontinuität nachvollziehen, die sich vor allem auf der Ebene der Kandidierenden zeigt. Über 2/3 gewerkschaftlich organisierte SPD-, knapp 60 Prozent kirchlich engagierte CDU/CSU- und

fast 63 Prozent umweltschutzpolitisch involvierte Grünen-Kandidierenden – ein starker Ausdruck des historischen Erbes ihrer Parteien.

Inwiefern lässt sich aber zu zentralen Sachfragen, die den politischen Wettbewerb definieren, ein Unterschied zwischen den Kandidierenden und den Wähler:innen der großen Parteien feststellen? Herangezogen wird für diese Illustration zunächst eine sozio-ökonomische Konfliktlinie, die sich zwischen den Werten (1) *mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet* und (11) *weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet* aufspannt. Hierbei zeigt sich, dass sich die Beobachtungen von Spier (2011), Schmitt und Wüst (2004) sowie Iversen (1994) eindeutig replizieren lassen. Die Kandidierenden von CDU/CSU, FDP und AfD nehmen eine sozio-ökonomisch rechtliche Position ein als ihre Wähler:innen (vgl. Abbildung 2).

Die AfD-Kandidierenden sind hier durchschnittlich auf dem Achsenwert 8,86 zu verorten, was gleichbedeutend mit einem sozialstaatlichen Abbau und damit verbunden auch der sozio-ökonomisch rechtlichen Position ist, die sich in den Daten finden lässt. Die Kandidierenden von SPD, Grünen

Abbildung 2 Wähler:innen und Kandidierende im sozio-ökonomischen Positionsvergleich



Quelle: GLES Nachwahlquerschnitt2021 (ZA7701_v1-0-0) und GLES Kandidierendenstudie 2021 (ZA7704_v1-0-0).
Eigene Darstellung und Berechnung.

Anmerkung: Die Werte auf der x-Achse beschreiben eine Skala von (1) „mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet“ bis (11) „weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet“. Auf der y-Achse sind die prozentualen Anteile abzulesen.

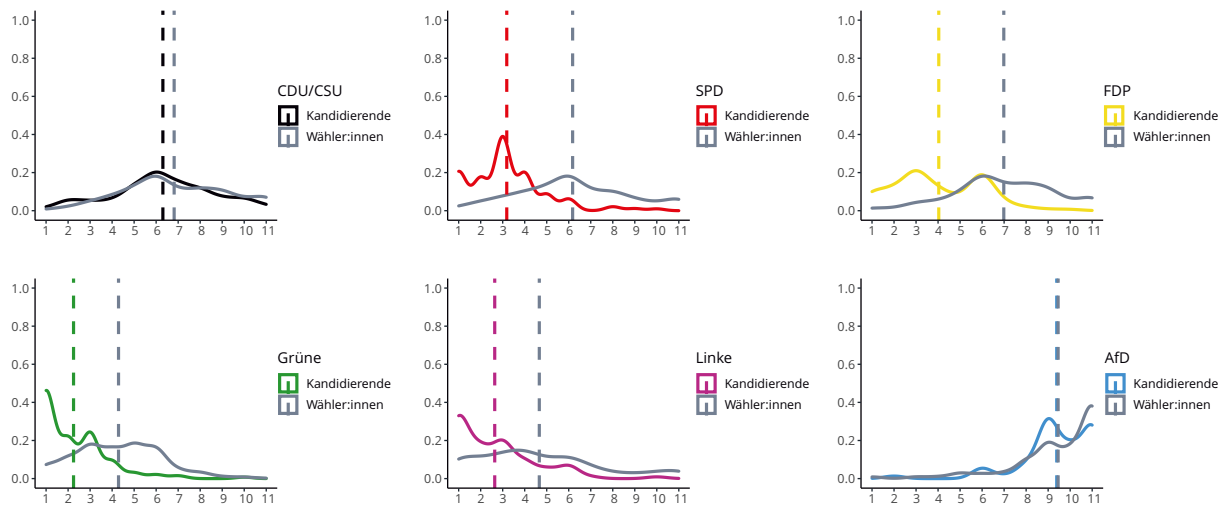
und Linken sind wiederum sozio-ökonomisch bedeutend linker eingestellt als ihre Wähler:innenschaften. Besonders die Kandidierenden der Linken nehmen mit einer durchschnittlichen Position von 2,11 auf dieser Achse eine sehr exponiert linke und damit auch eine den Sozialstaatsausbau befürwortende Position ein. Kandidierende von SPD, Grünen und Linken weichen im Schnitt deutlich stärker von ihren Wähler:innen nach links ab als die Kandidierenden von CDU/CSU, FDP und AfD von ihren Wähler:innenschaften nach rechts.

Als zweites Konfliktfeld betrachten wir den Umgang mit Migrant:innen in Stellvertretung für den sozio-kulturellen Konfliktraum. Dieser spannt sich auf zwischen den Extrempolen (1) *Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden* und (11) *Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden*. Auch hier zeigt sich weitestgehend ein ähnliches Bild, nämlich dass die Kandidierenden als Parteiliten sozio-kulturell eher linkerer Parteien wie der SPD, den Grünen und der Linken stärker in Richtung einer zuwanderungsfreundlichen Politik positioniert sind als ihre Wähler:innen. Derselbe Befund gilt

ebenso für die Kandidierenden von CDU/CSU und FDP. Die Kandidierenden der AfD wiederum sind marginal stärker in Richtung einer restriktiveren Migrationspolitik eingestellt als die eigenen Wähler:innen.

Bemerkenswert sind die hier beschriebenen Befunde in mehrerlei Hinsicht. Zum einen zeigt sich, dass die SPD-Kandidierenden mit einer durchschnittlichen Position von 3,18 auf der Skala sehr zuwanderungsfreundlich positioniert sind, die SPD-Wähler:innen sich mit einem Durchschnittswert von 6,15 auf der Skala wiederum mittig mit einer geringfügigen Tendenz zu stärkeren Restriktionen verortet. Eine ähnliche Beobachtung ist mit Blick auf die FDP feststellbar. Auch hier sind die Kandidierenden mit einem durchschnittlichen Skalenwert von 4,01 bedeutend liberaler gegenüber Zuwanderung eingestellt als ihre Wähler:innen, für die ein durchschnittlicher Wert von 6,93 vorliegt. Diese sind somit, wenngleich eine erhebliche räumliche Distanz zu den AfD-Wähler:innen auf dieser Konfliktlinie festgestellt werden kann, nach diesen die am stärksten zuwanderungskritisch positionierte Wähler:innenschaft. Gerade mit Blick auf die AfD ist hier, auf Basis der vorliegenden Daten

Abbildung 3 Wähler:innen und Kandidierende im sozio-kulturellen Positionsvergleich



Quelle: GLES Nachwahlquerschnitt 2021 (ZA7701_v1-0-0) und GLES Kandidierendenstudie 2021 (ZA7704_v1-0-0).
Eigene Darstellung und Berechnung.

Anmerkung: Die Werte auf der x-Achse beschreiben eine Skala von (1) „Zugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden“ bis (11) „Zugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden“. Auf der y-Achse sind die prozentualen Anteile abzulesen.

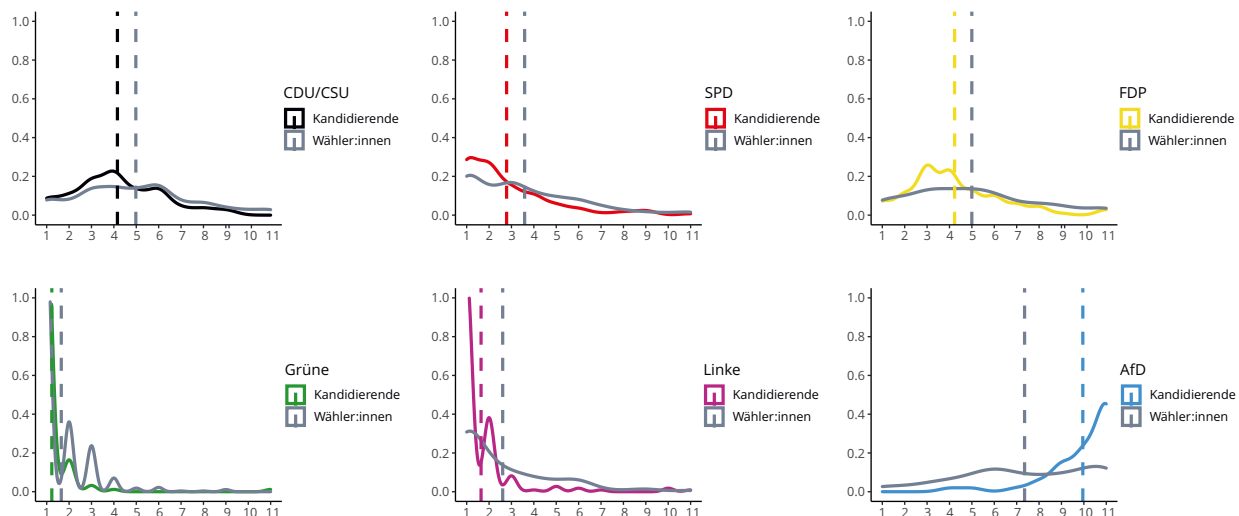
für Kandidierende und Wähler:innen, durchaus zu konstatieren, dass deren Positionen am ehesten zueinander kongruent sind. So nehmen die Wähler:innen eine durchschnittliche Position von 9,38 Skalenpunkten ein, die AfD-Kandidierenden positionieren sich mit nur wenig Differenz durchschnittlich beim Skalenwert 9,37 (vgl. Abbildung 3).

Abschließend wollen wir, vor dem Hintergrund der besonderen Bedeutung von klimapolitischen Fragen (siehe hierzu Riebe und Marquardt 2022, in diesem Heft), diesem Themenbereich gleichfalls einen tiefergehenden Blick widmen. Hierzu konnten sich die Wähler:innen und Kandidierenden auf einer Skala zwischen den Extrempolen (1) *Politik müsste noch viel mehr zur Bekämpfung des Klimawandels tun* und (11) *Politik zur Bekämpfung des Klimawandels ist schon viel zu weit gegangen* positionieren. Die vormals gemachte Beobachtung, dass die Parteiwähler:innen zu moderateren Positionen, in die Mitte tendierend, neigen als etwa Parteieliten wie Kandidierende, ist auch hier feststellbar. Im Fall der CDU/CSU, der SPD, der FDP, den Grünen und der Linken gestal-

tet es sich derart, dass diese einen höheren Bedarf bei der Bekämpfung des Klimawandels sehen als ihre Wähler:innenschaften. Die Kandidierenden der AfD wiederum vertreten mit einer durchschnittlichen Positionierung von 9,96 Skalenpunkten viel eher den Standpunkt, dass die Politik hierbei schon zu weit gegangen sei, wohingegen die eigenen Wähler:innen mit einem Durchschnittswert von 7,22 bedeutend moderater eingestellt sind. Sowohl die Kandidierenden als auch die Wähler:innen der anderen Parteien befinden sich nichtsdestotrotz räumlich auf der Seite des Konfliktraums, auf der ein verstärkter Bedarf zu einem weitergehenden Klimaschutz gesehen wird. Besonders die Kandidierenden (1,23) und Wähler:innen (1,63) der Grünen nehmen hier eine exponierte Rolle ein und bilden dementsprechend den Antipoden zur AfD (vgl. Abbildung. 4).

Nahezu identisch ist auf dieser Konfliktdimension die Distanz, die FDP-Wähler:innen und FDP-Kandidierende sowie CDU/CSU-Wähler:innen und die CDU/CSU-Kandidierenden einnehmen. Während die

Abbildung 4 Wähler:innen und Kandidierende im klimapolitischen Positionsvergleich



Quelle: GLES Nachwahlquerschnitt 2021 (ZA7701_v1-0-0) und GLES Kandidierendenstudie 2021 (ZA7704_v1-0-0).

Eigene Darstellung und Berechnung.

Anmerkung: Die Werte auf der x-Achse beschreiben eine Skala von (1) „Politik müsste noch viel mehr zur Bekämpfung des Klimawandels tun“ bis (11) „Politik zur Bekämpfung des Klimawandels ist schon viel zu weit gegangen“. Auf der y-Achse sind die prozentualen Anteile abzulesen.

FDP-Wähler:innen bei durchschnittlich 4,91 Skalenpunkten positioniert sind, liegen jene der CDU/CSU beim Skalenwert 4,88. Mit Blick auf die Kandidierenden lässt sich feststellen, dass die der FDP bei durchschnittlich 4,19 Skalenpunkten positioniert sind, während die der CDU/CSU bei im Schnitt 4,16 Skalenpunkten liegen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Wähler:innen mit Blick auf sozio-ökonomische Fragen bedeutend weniger zu Extrempositionen neigen als etwa die Kandidierenden der dazugehörigen Parteien. Auf der sozio-kulturellen Konfliktlinie oder in klimapolitischen Fragen lässt sich diese Eindeutigkeit allerdings nicht replizieren. Die vorliegenden Befunde geben allerdings Einblicke dahingehend, wie sehr sich Kandidierende und ihre Wähler:innen in politischen Konfliktfeldern zur Bundestagswahl 2021 ähneln – und auch unterscheiden. Wir konnten nicht feststellen, inwieweit die unterschiedlichen Abweichungen maßgeblich für das Wahlverhalten waren oder sind. Allerdings haben wir mögliche Konfliktthemen zwischen Wähler:innen und Kandidierenden identifiziert, die in naher Zukunft noch eine Rolle spielen könnten.

Eine:r von uns? Implikationen dieser Fragestellung

Ist ein:e Kandidierende:r eine:r von uns? Oder womöglich auch nicht? Eine immer stärker zunehmende Zahl wissenschaftlicher Beiträge beschäftigt sich damit, inwiefern die hier beschriebenen sozio-demographischen Charakteristika, gemeint sind etwa das Geschlecht, der Migrationshintergrund oder das Bildungsniveau von Kandidierenden, eine Wahlentscheidung tatsächlich beeinflussen. Wenngleich diese Frage noch nicht abschließend geklärt werden kann, so kann man aber zumindest klare Diskrepanzen erkennen, die zwischen Wähler:innen und Kandidierenden bezüglich der genannten Merkmale bestehen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass Nichtwähler:innen in der vorliegenden Analyse nicht berücksichtigt wurden. Dabei weisen diese ein sozial auffälliges Profil auf, welches sich beispielsweise durch ein formell niedriges Bildungsniveau auszeichnet (Schäfer et al., 2016). Entsprechend ist hier von einer noch deutlicheren Verzerrung auszugehen, bei der die Kandidierenden der hier untersuchten

Parteien in noch viel geringerem Ausmaß vermögen, die Bevölkerung vollends widerzuspiegeln. Ob eine derartige Diskrepanz normativ wünschenswert erscheint oder kontraproduktiv für eine demokratische Gesellschaft ist, können wir hier nicht klären. Zumindest mit Blick auf sachbezogene Einstellungen zu zentralen Konfliktfeldern des politischen Wettbewerbs kann man aber zumindest festhalten, dass Parteiliten und die jeweiligen Wähler:innenschaften im Großen und Ganzen ähnliche, wenn auch nicht identische Positionen vertreten.

Differenzen sind vor allem dahingehend feststellbar, dass Wähler:innen von SPD, Grünen und Linken bedeutend weniger sozio-ökonomisch links eingestellt sind als ihre Kandidierenden. Die Wähler:innen der FDP favorisieren wiederum eine deutlich restriktivere Migrationspolitik als ihre Kandidierenden. Der AfD ist zu attestieren, dass ihre Wähler:innen weitaus weniger kritisch gegenüber einer staatlich organisierten Bekämpfung des Klimawandels eingestellt sind als die AfD-Kandidierenden. Für die CDU/CSU lassen sich, zumindest auf Basis der Datenlage zur Bundestagswahl 2021, keine allzu großen Abweichungen zwischen Kandidierenden und Wähler:innen nachvollziehen.

Ein besonders markantes Ergebnis ist, dass die Kandidierenden in den für die Parteien historisch relevanten sozialen Gruppen auch weiterhin überdurchschnittlich stark involviert sind – dies aber auch parteiübergreifend. Einzig bei Gewerkschaftsmitgliedern lässt sich eine Abweichung dahingehend beobachten, dass die sozio-ökonomisch eher rechts positionierten Parteien, die FDP und die AfD, auf Ebene der Wähler:innen in diesen stärker vertreten sind als auf Ebene der Kandidierenden. Inwiefern auch diese Frage von Relevanz für das Wahlverhalten ist oder gar sein könnte, müssen weitere Studien zeigen.

Ist ein:e Politiker:in eine:r von uns? Diese Frage lässt sich sicherlich aus subjektiver Sicht nur individuell beantworten. Dabei kann eine Rolle spielen, ob der oder die Kandidierende der fragenden Person in Puncto

sozio-demographischer Merkmale ähnelt. Es kann auch von Bedeutung sein, ob man die zu wählende Person aus der Gewerkschaft, der kirchennahen Organisation oder der lokalen Umweltschutzgruppe kennt. Womöglich spielt auch lediglich eine Rolle, ob die kandidierende Person inhaltliche Positionen vertritt, die den eigenen Überzeugungen nahe sind. Die Wahrheit liegt vermutlich irgendwo zwischen diesen drei Perspektiven, weswegen es sich hierbei, wie auch beim tatsächlichen Wahlakt, schlussendlich um eine Frage individueller Priorisierung und der Perspektive handelt.

Literatur

- Abels, G., Ahrens, P., & Blome, A. (2018). Geschlechtergerechte Repräsentation in historischer und internationaler Perspektive. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 68(42), S. 28-36.
- Beck, U. (2016). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. 23. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Debus, M., & Müller, J. (2020). Soziale Konflikte, sozialer Wandel, sozialer Kontext und Wählerverhalten. In T. Faas, O. W. Gabriel, & J. Maier (Hrsg.), *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung. Handbuch für Wissenschaft und Studium* (S. 437-457). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Der Spiegel. (2021, 16.03.). Laschet will künftiges Kabinett paritätisch besetzen. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gleichstellung-armin-laschet-will-kuenftiges-kabinett-paritaetisch-besetzen-a-aa5074e1-3450-4f7b-86cb-4885a3da2be9>, zuletzt abgerufen am 11.05.2022.
- Dippel, A. S., Hetzer, L., & Burger, A. M. (2022). Links oder rechts? Die ideologische Selbstverortung von Wähler:innen und ihre Wahrnehmung von Parteien in Deutschland. *easy_social_sciences* 67, 19-29. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.04>
- Downs, A. (1957). An Economic Theory of Political Action in a Democracy. *The Journal of Political Economy*, 65(2), S. 135-150.
- Evans, G. & Northmore-Ball, K. (2018). Long-Term Factors. Class and religious cleavages. In J. Fisher, E. Fieldhouse, M. N. Franklin, R. Gibson, M. Cantioch, & C. Wlezien (Hrsg.), *The Routledge Handbook of Elections, Voting Behavior and Public Opinion* (S. 123-135). London und New York: Routledge.
- GLES. 2022a. GLES Querschnitt 2021, Nachwahl. GESIS, Köln. ZA7701 Datenfile Version 1.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13858>

- GLES. 2022b. GLES Kandidierendenstudie 2021. GESIS, Köln. ZA7704 Datenfile Version 1.0.0. <https://doi.org/10.4232/1.13937>
- Inglehart, R. (1977). *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. Princeton/New Jersey: Princeton University Press.
- Iversen, T. (1994). Political Leadership and Representation in West European Democracies: A Test of Three Models of Voting. *American Journal of Political Science*, 38(1), S. 45-74. <https://doi.org/10.2307/2111335>
- Lipset, S. M., & Rokkan, S. (1967). Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In S. Rokkan & S. M. Lipset (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* (S. 1-64). New York und London: Free Press.
- Marschall, S. (2018). Parlament. In R. Voigt (Hrsg.), *Handbuch Staat*. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-20744-1_74
- Merkur. (2021, 09.09.). Scholz spricht positiv über Lindner: „Man kann sich auf ihn verlassen“. Online verfügbar unter: <https://www.merkur.de/politik/scholz-spricht-positiv-ueber-lindner-man-kann-sich-auf-ihn-verlassen-90970622.html>, zuletzt abgerufen am 11.05.2022.
- Norris, P., & Inglehart, R. (2019). *Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pitkin, H. F. (1967). *The Concept of Representation*. Berkeley, Los Angeles und London: University of California Press.
- Riebe, F. & Marquardt, J. (2022). Klimawandel & Wahlentscheidung 2021 – eine Frage des Alters? *easy_social_sciences* 67, 38-47. <https://doi.org/10.15464/easy.2022.06>
- Schäfer, A., Schwander, H., & Manow, P. (2016). Die sozial „auffälligen“ Nichtwähler: Determinanten der Wahlenthaltung bei der Bundestagswahl 2013. In H. Schoen, & B. Weßels (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2013* (S. 21-44). Wiesbaden: Springer VS.
- Schmitt-Beck, R. (2019). Die Parteiwahl und ihre Hintergründe. Einleitung. In S. Roßteutscher, R. Schmitt-Beck, H. Schoen, B. Weßels, & C. Wolf (Hrsg.), *Zwischen Polarisierung und Beharrung: Die Bundestagswahl 2017* (S. 181-188). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Schmitt, H. & Wüst, A. M. (2004). Direktkandidaten bei der Bundestagswahl 2002: Politische Agenda und Links-Rechts-Selbsteinstufung im Vergleich zu den Wählern. In F. Brettschneider, J. van Deth, & E. Roller (Hrsg.) *Die Bundestagswahl 2002* (S. 303-325). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Spier, T. (2011). Welche politischen Einstellungen haben die Mitglieder der Parteien?. In T. Spier, M. Klein, U. Alemann, H. Hoffmann, A. Laux, A. Nonnenmacher, & K. Rohrbach (Hrsg.). *Parteimitglieder in Deutschland* (S. 121-137). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

L. Constantin Wurthmann

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail constantin.wurthmann@gesis.org

L. Constantin Wurthmann ist Postdoktorand im Team der GLES. Seine Forschungsinteressen umfassen die Wahl- und Parteienforschung sowie den Wandel von politischen Einstellungen und Wertorientierungen.

<http://orcid.org/0000-0002-3673-0908>

Joscha Bäuerle

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

E-Mail joscha.baeyerle@gesis.org

Joscha Bäuerle ist Doktorand im Team der GLES. Seine Forschungsinteressen umfassen die Einstellungs- und Wahlforschung sowie die Parteienforschung.

<https://orcid.org/0000-0003-1301-1019>